



Dipl.-Kfm. Klaus-Peter Flosbach

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Finanzausschusses
Vorsitzender der
Deutsch-Kanadischen Parlamentariergruppe

Klaus-Peter Flosbach MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Herrn
Hans-Joachim Werner

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Jakob-Kaiser-Haus
Raum 6.822
☎ (030) 227 – 71 401
☎ (030) 227 – 76 301
✉ klaus-peter.flosbach@bundestag.de

Wahlkreisbüro: Waldbröl

Puhl 13
51545 Waldbröl
☎ (02291) 5479
☎ (02291) 2989
✉ klaus-peter.flosbach@wk2.bundestag.de

Wahlkreisbüro: Gummersbach

Bahnhofstraße 10
51643 Gummersbach
☎ (02261) 62 081
☎ (02261) 80 42 13
☎ (02261) 22 438
☎ (02261) 80 42 14
✉ klaus-peter.flosbach@wk.bundestag.de

www.klaus-peter-flosbach.de

Berlin, 14.10.2008

Sehr geehrter Herr Werner,

vielen Dank für Ihre Postkarte der „Aktion Volksabstimmung“.

Ich verstehe Ihr Anliegen, die Bevölkerung stärker an der Gesetzgebung mitwirken lassen zu wollen. Die Einführung von Plebisziten auf Bundesebene ist sowohl eine verfassungsrechtliche als auch eine politische Grundsatzfrage.

Meines Erachtens überwiegen die Bedenken gegen weitreichende plebiszitäre Elemente in der Verfassung:

Das Grundgesetz hat sich nach den Erfahrungen aus der Weimarer Republik für eine repräsentative Demokratie entschieden.

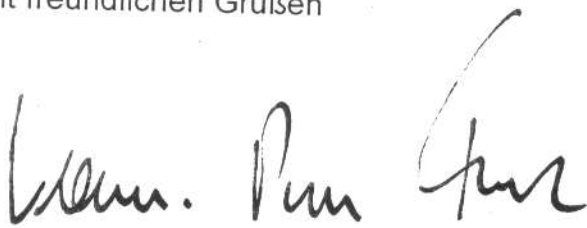
Ich bin nicht davon überzeugt, dass durch eine Volksabstimmung der Einzelne mehr Einfluss auf politische Entscheidungen bekäme. Tatsächlich würde die Bedeutung von Verbänden und Interessengruppen, die große Kampagnen organisieren können, wachsen. Die Bürger könnten angesichts der erforderlichen Quoren ihre Initiativen in aller Regel nicht selbst vorantreiben, sondern wären auf die Unterstützung von Verbänden und Vereinigungen angewiesen. Infolgedessen besteht die Gefahr, dass die Bürger durch demokratisch nicht legitimierte Vereinigungen bevormundet

werden. Gut organisierte Minderheiten erhielten großen Einfluss auf die Staatsgeschicke - ohne dafür dauerhaft in der Verantwortung zu stehen. Populisten wäre Tür und Tor geöffnet, komplizierte Sachverhalte auf einfaches „Ja“ oder „Nein“ zu reduzieren. Ein solch einfaches Entscheidungsverfahren ist in den seltensten Fällen ausreichend.

Als Abgeordneter im Deutschen Bundestag kann ich Ihnen versichern, dass es meistens sehr lange dauert und viele Gespräche zwischen den verschiedenen Parteien und Interessengruppen mit sich bringt, bis ein von allen Seiten akzeptiertes Gesetz beschlossen wird. Kein Gesetz kommt so aus dem Bundestag heraus, wie es eingebracht wurde. Es gibt Anhörungen, in denen Sachverständige uns ihre Auffassung zum Gesetzesvorhaben mitteilen. Zudem sind in unserem ausbalancierten föderalen System oft auch die Bundesländer beteiligt. Ein solches „lernendes Verfahren“ würde eine Volksabstimmung nicht leisten können.

Das System der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie hat uns über 50 Jahre hinweg eine nicht zu unterschätzende politische Stabilität beschert. Unser System bietet den Mitbürgern viele Möglichkeiten der Meinungsfreiheit und auch Mitgestaltung an. Jeder ist aufgerufen, sich in Initiativen einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus-Peter Flosbach MdB